



Quelle: ADOBE

BMF-Monatsbericht: Deutschlands stille Wirtschaftskrise

Ute Pappelbaum

Das Bundesfinanzministerium veröffentlichte heute den Monatsbericht November: Stabile Einnahmen, schwaches Fundament:

Körperschaftsteuer: Ein Rückgang, der mehr ist als ein Ausreißer

Im Oktober 2025 verzeichnete die Körperschaftsteuer nur noch 52 Millionen Euro – im Vorjahresmonat waren es knapp 800 Millionen. Auch die veranlagte Einkommensteuer halbierte sich nahezu. Der Monatsbericht verweist auf die Veranlagungstätigkeit der Finanzämter und auf zeitliche Schwankungen. Doch der eigentliche Hinweis liegt tiefer: Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer gingen im Jahresverlauf spürbar zurück. Damit zeigt sich, dass Gewinne schrumpfen – oder ganz ausbleiben. Insolvenzen sind in der Einnahmestatistik nicht sichtbar, aber implizit enthalten.

Gleichzeitig sanken auch die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um 1,9 Prozent – trotz nominal steigender Konsumausgaben. Vor allem das One-Stop-Shop-Verfahren, über das Onlinehändler ihre Umsatzsteuer zahlen, lieferte im Oktober geringere Erträge. Diese Bewegung wirkt unauffällig, ist aber konjunkturell relevant: Wo Umsätze stagnieren oder digital ausgegliedert werden, verliert das Aufkommen an Breite.

BIP-Stagnation: Die Wirtschaft kommt nicht vom Fleck

Auch makroökonomisch bleibt das Bild getrübt. Das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt verharrte im dritten Quartal 2025 bei 0,0#Prozent zum Vorquartal. Damit ist das reale Wachstum seit Jahresbeginn minimal: +0,2#Prozent im ersten Quartal, +0,3#Prozent im zweiten – jetzt Stillstand. In sieben der letzten acht Quartale war das Wachstum negativ oder null. Die Wachstumsbasis schwindet nicht abrupt, sondern systematisch.

Gleichzeitig sank die Produktivität je Erwerbstätigen weiter – laut Destatis im dritten Quartal um 0,6#Prozent im Vorjahresvergleich. Das bedeutet: Mehr Arbeit bringt weniger Output. Eine Wirtschaft, die wächst, indem sie verdichtet, nicht erweitert.

Arbeitsmarkt: Keine Dynamik, nur Stabilität

Am Arbeitsmarkt fehlt die übliche Herbstbelebung. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im September saisonbereinigt

um 20.000 Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stagnierte. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober bei 6,3#Prozent – unverändert zum Vormonat, aber höher als im Vorjahr. Kurzarbeitsanzeigen nahmen erneut zu. Frühindikatoren wie das ifo-Beschäftigungsbarometer zeigen: Die Einstellungsbereitschaft bleibt gering.

Trotz nominal höherer Löhne und steuerlicher Effekte – etwa durch Abgeltungsteuer und Kapitalerträge – bleibt die reale Erwerbssbasis fragil. Der fiskalische Rückenwind kommt aus nominalen Effekten, nicht aus realer Ausweitung.

Fiskalisch robust, ökonomisch fragil

Die Oktober-Steuerschätzung erwartet für das Jahr 2025 Einnahmen in Höhe von 990,7 Milliarden Euro – ein Plus von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Doch die Verteilung ist ungleich: Der Bund verliert Anteile durch Umsatzsteuerumverteilungen und gesetzliche Festbeträge. Die Länder profitieren von Einmaleffekten – etwa bei der Erbschaftsteuer – und von fiskalischer Kompensation. Die Einnahmeseite zeigt Stabilität – aber diese Stabilität ruht auf Löhnen, nicht auf Gewinnen. Und sie blendet strukturelle Erosionsprozesse aus.

Bilanz

Der Monatsbericht zeigt eine Oberfläche fiskalischer Ordnung – und lässt doch den Riss im Fundament sichtbar werden. Einbruch bei Gewinnsteuern, stagnierendes BIP, schwache Beschäftigung: Die deutsche Wirtschaft läuft unter ihren Möglichkeiten. Der Staat erzielt Einnahmen – aber nicht aus Dynamik, sondern aus Verdichtung. Das macht den Haushalt tragfähig – aber nicht krisenfest.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4946991/BMF-MonatsberichtDeutschlands-stille-Wirtschaftskrise/>